



## Pressemitteilung

Ansbach, 03. Dezember 2018

*Baugebiet „Weinberg-West“: Wenig Wohnraum - für Ansbacher kaum bezahlbar*

### **OLA: „Stadt kann Vorkaufsrecht ziehen – Eigentum verpflichtet“**

*Muttergesellschaft des projektierten Pflegeheims wäre die „Charleston Holding“*

Die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) steht fest zum Ansbacher Wohnbaumodell. Dies solle auch am Baugebiet „Weinberg-West“ am Anstieg des Strüther Berges zum Tragen kommen. Willfähriges Verhalten gegenüber ausschließlich an Rendite orientierten Investoren schade hingegen einer gesunden Stadtentwicklung.

„Unsere Flächen sind ein wertvolles Gut. Die im März 2018 erkämpfte Mindestquote für bezahlbaren Wohnraum bei größeren Bauprojekten in Höhe von 25 Prozent ist für die Menschen in unserer Stadt ein bedeutsamer Fortschritt“, erklärt die OLA-Fraktion. Nirgendwo in Franken seien die Mieten 2016/17 so stark angestiegen wie in Ansbach. Würde der Stadtrat nach dem Willen eines Investors und Teilen der CSU nun umfallen, bedeute dies das Entstehen von nur sehr wenig Wohnraum. Für rund 130 Quadratmeter Wohnfläche soll wohl ein mittlerer sechsstelliger Verkaufspreis erzielt werden. „Das ist für den Großteil der Ansbacher eben nicht bezahlbar. Entscheidungen zum Wohnbau müssen sich an der Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung orientieren.“

Die Muttergesellschaft des Betreibers des geplanten Pflegeheims im Baugebiet, der „Bayern Care GmbH“, wäre der Konzern „Charleston Holding“, hinter dem der schwedische Risikokapitalfonds EQT steht. Dazu erklärt die OLA: „Der Niedriglohnsektor und die daraus resultierende Altersarmut ist in Ansbach leider weit überproportional vertreten. Eine vernünftige Altenpflegeplanung sollte daher auch kommunale und gemeinnützige Trägerschaften zu am Allgemeinwohl orientierten Lösungen verbinden.“

Sollte keine Einigung im Sinne des Wohnbaumodells möglich sein, müsse die Stadt ihr Vorkaufsrecht ziehen und aktiv auf Bauträger zugehen, die bereit sind, sozial und bezahlbar in Ansbach zu bauen. Zudem komme ab April 2019 die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft mit ins Spiel. Auch die Eigner der Flächen seien gefragt, erinnert die OLA mit Blick auf das Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass unsere Stadtgesellschaft nicht auseinanderdriftet.“

*gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender*